

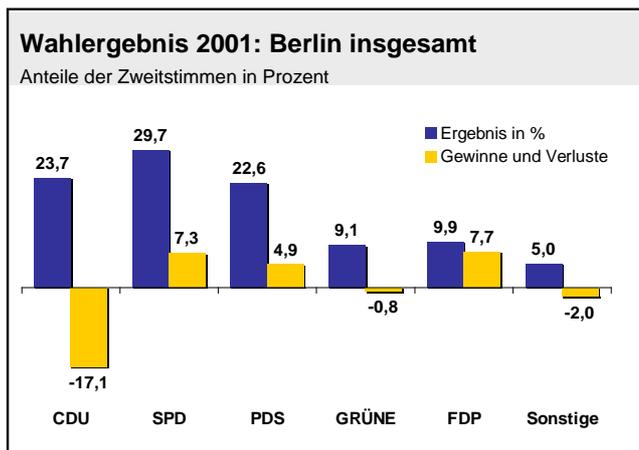


21. Oktober 2001

Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin

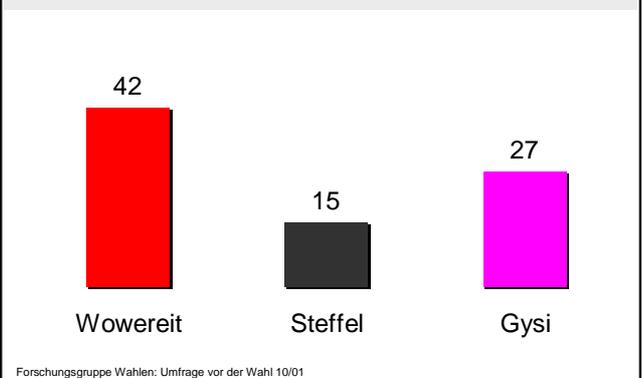
Berliner Wahl endet für die CDU im Fiakso

Die CDU ist bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus auf einen historischen Tiefststand gesunken und hat mit über 17 Prozentpunkten die höchsten Verluste, die je eine Partei seit 1950 bei Landtagswahlen zu verzeichnen hatte. Mit weniger als 30 Prozent wird die SPD erstmals seit 30 Jahren wieder stärkste Partei. Die PDS ist mit 47,6 Prozent im Osten doppelt so stark wie die SPD und vier Mal so stark wie die CDU. Die FDP zieht nach sechs Jahren erstmals wieder ins Parlament ein und wird viertstärkste Partei vor den Grünen, die zum 17. Mal in Folge Verluste bei Landtagswahlen hinnehmen mussten.



Die erdrutschartigen Verluste der CDU haben mehrere Ursachen: Zum einen war Frank Steffel ein besonders unpopulärer Spitzenkandidat, den sich nur 15 Prozent aller Berliner als Regierenden Bürgermeister gewünscht haben. Dagegen gaben 42 Prozent Klaus Wowereit und 27 Prozent Gregor Gysi den Vorzug. Bei den Sympathiewerten hat Steffel deutlich schlechter abgeschnitten als die Kandidaten aller anderen Parteien und lag auf der +5/-5-Skala mit einem Wert von -1,2 abgeschlagen im negativen Bereich, während Gysi mit 1,0 und Wowereit trotz der kurzen Regierungszeit mit 1,8 eindeutig positiv eingestuft wurden. 52% aller Berliner und selbst 45% der CDU-Wähler waren der Meinung, dass die CDU mit einem anderen Kandidaten ein besseres Ergebnis erzielt hätte.

Gewünschter Regierender Bürgermeister in Berlin



Zudem wurde die CDU weitaus häufiger (32 Prozent) als die SPD (3 Prozent) für die Finanzmisere der Stadt verantwortlich gemacht, auch wenn ein Großteil (59 Prozent) der Befragten beiden ehemaligen Koalitionspartnern gleichermaßen die Schuld für die desolaten Verhältnisse gab.

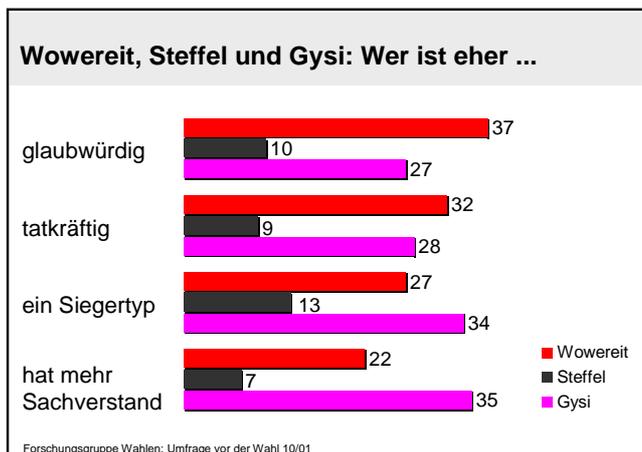
Die CDU hat auch bei der Sachkompetenz ihren einst komfortablen Spitzenplatz in nahezu allen Politikfeldern an die SPD abgetreten: Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem Abbau des Schuldenbergs, in der Schul- und Bildungspolitik, bei der Zukunftssicherung und selbst bei Wirtschaftsfragen setzten die Berliner mehrheitlich auf die Sozialdemokraten. Nur bei der Inneren Sicherheit konnte sich die CDU als führende Kraft vor der SPD profilieren. Bei der Kompetenz zur Angleichung des Lebensstandards im Osten an den im Westen lag die PDS knapp vor der SPD.

Im Vergleich zu 1999 haben sich allerdings auch die bundespolitischen Rahmenbedingungen deutlich verändert: Das Wahlergebnis vor zwei Jahren in Berlin war der Schlusspunkt einer Siegesserie der CDU vor ihrer Spendenaffäre. Damals hatte sie ihr bestes Ergebnis überhaupt erzielt, weshalb der Verlust jetzt auch besonders drastisch ausfällt.

Die CDU hat in allen Altersgruppen dramatische Einbußen zu verzeichnen. Am höchsten sind diese mit 20 Prozentpunkten bei den über 60-Jährigen, auch wenn sie dort immer noch mit 33 Prozent ihr bestes Ergebnis erzielt. Während die Gewinne der SPD in allen Altersgruppen in etwa

gleichmäßig ausfielen, gewann die PDS bei den unter 30-Jährigen im Osten am meisten hinzu (13 Prozentpunkte).

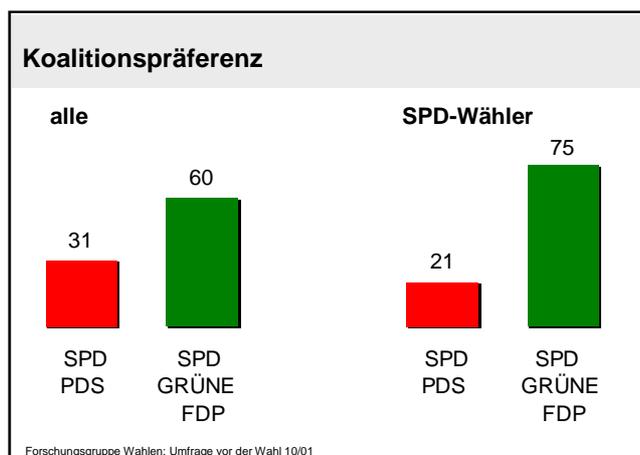
Mit Gregor Gysi gelang der PDS sowohl die Mobilisierung ihrer Stammklientel als auch die Einbindung des nach wie vor großen Protestpotenzials im Osten. Nicht nur bei den Popularitätswerten sondern auch bei der Frage nach den wichtigsten politischen Führungseigenschaften lag Gysi durchweg weit vor dem CDU-Spitzenkandidaten Steffel. In zwei Punkten ist es ihm sogar gelungen, Wowereit zu übertrumpfen: 34 Prozent der Berliner hielten Gysi am ehesten für einen Siegertyp (Wowereit: 27 Prozent; Steffel: 13 Prozent) und ebenfalls 35 Prozent attestierten ihm den größten Sachverstand (Wowereit: 22 Prozent; Steffel: 7 Prozent). Der amtierende Regierende Bürgermeister galt hingegen als der glaubwürdigste und tatkräftigste der drei Spitzenkandidaten.



Nach wie vor ist die Hauptstadt politisch und mental geteilt: Dass die Unterschiede zwischen dem ehemaligen West- und Ostteil noch immer überwiegen, meinen 66 Prozent aller Befragten, zumindest in diesem Urteil sind sich der Osten und Westen Berlins einig. Am deutlichsten werden die Unterschiede, wenn es um die Beteiligung der PDS an der Regierung geht. Im Westen fänden dies nur 19 Prozent gut, im Os-

ten dagegen 57 Prozent, 15 Prozent sind hier jeweils indifferent.

Der Wählerwille zeigt sich zwar bei der Abstrafung der CDU, doch ein Auftrag für die Bildung einer Regierung wird nicht mit gleicher Schärfe erkennbar. Die Koalitionsfrage ist deshalb noch offen. Im Hinblick auf die beiden diskutierten Möglichkeiten gibt es jedoch eine eindeutige Präferenz der Berliner: Vor die Alternative Ampel-Koalition oder SPD/PDS-Regierung gestellt, sprachen sich 60 Prozent für die Ampel und 31 Prozent für die rot-rote Koalition aus. Innerhalb der SPD-Wähler fällt das Urteil mit 75:21 noch deutlicher aus.



Ähnlich wie bei der Wahl in Hamburg ging es den Berlinern bei dieser Wahl in erster Linie um die Probleme in ihrer Stadt: Für 62 Prozent war die Landespolitik der ausschlaggebende Faktor für ihre Wahlentscheidung, lediglich für 24 Prozent stand die Bundespolitik im Vordergrund. Insofern taugt auch die Wahl in Berlin nicht als Stimmungsbarometer für die Bundestagswahl in knapp einem Jahr. Dennoch wird die CDU-Niederlage die Bemühungen der Union, als überzeugende Alternative zur SPD im Bund zu erscheinen, nicht erleichtern. (22.10.2001, Analyse der Forschungsgruppe Wahlen)

Forschungsgruppe Wahlen e. V.

68011 Mannheim Postfach 10 11 21

Tel.: 0621 / 1233-0, Fax 0621 / 1233-199

E-Mail: info.ev@forschungsgruppe.de www.forschungsgruppe-wahlen.de